Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 48 (1954)

Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : der Gegenstolz ; London und die Folgen ; Nichts Neues in den USA ; Blick nach Deutschland ; England 1954 ; Vom Labourparteitag ; Sozialistische Demokratie?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139938

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dieses Vorgehen der Faschistenregierung Malans ist eine Herausforderung der menschlichen Gesellschaft.

Ich danke den Schweizern für ihr menschliches Verhalten und für ihre Gastfreundlichkeit mir gegenüber. Es wird mir schwerfallen, meine Landsleute zu überzeugen, daß nicht alle Europäer gleich sind, ja daß wir überall in der Welt Freunde haben.»

Fügen wir dieser Darstellung noch bei, daß die calvinistische Kirche Südafrikas (Dutch Reformed Church), auf deren Kanzeln Malan einst predigte, in engster Verbindung mit der Regierung arbeitet, ja daß die Resolutionen ihrer Synode in den Regierungsverlautbarungen Malans regelmäßig ihren Niederschlag finden.

Erinnern wir uns schließlich, daß die Weltkirchenkonferenz von Evanston, an der die calvinistische Kirche Südafrikas natürlich auch vertreten war, sich über die Rassenfrage wie folgt ausspricht:

«Die zweite Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirche erklärt ihre Überzeugung, daß die Rassentrennung in allen ihren Formen im Gegensatz zum Evangelium steht und daß sie unvereinbar ist mit der christlichen Lehre vom Menschen und mit der Kirche Christi. Die Vollversammlung legt es den Kirchen nahe, innerhalb ihrer Mitgliedschaft alle Formen von Rassentrennung und -diskriminierung zurückzuweisen und auf deren Beseitigung innerhalb ihres eigenen Lebens und in der menschlichen Gesellschaft hinzuarbeiten.»

WELTRUNDSCHAU

Der Gegenstoß Die amerikanische Diplomatie hat nicht lange gewartet, um – soweit das überhaupt noch möglich ist – den Zusammenbruch ihrer Weltpolitik aufzuhalten, der sich (wir haben es in unserer letzten Rundschau nachgezeichnet) immer deutlicher offenbart. Insbesondere Staatssekretär Dulles entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit, um zu retten, was noch zu retten ist, und naive Propagandisten spenden ihm bereits hohes Lob für die Erfolge, die er dabei errungen haben soll. «Der Staatssekretär», so berichtet zum Beispiel der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 2433),

«hat heute schon den Ruf eines Außenministers, der ‚etwas zustande bringt'. Seit er im Amte ist, sind Fragen wie Korea, Indochina, Iran, Guatemala geregelt worden. Die Frage der europäischen Verteidigung, das heißt die deutsche Frage, ist auf dem Wege zur ‚Lösung', und bald wird auch das Problem von Triest bereinigt sein.»

Schauen wir zu, *wie* die genannten Fragen geregelt, bereinigt und gelöst worden sind. Von Guatemala wollen wir schweigen; die Schande

Amerikas ist *zu* weltoffenbar. Die Festsetzung der USA in Iran an Stelle von Großbritannien *ist* ein amerikanischer Erfolg; aber wie lange wird er dem persischen Unabhängigkeitsstreben standhalten können? Auch mit der Herbeiführung der Einigung über *Triest* zwischen Italien und Jugoslawien haben die Vereinigten Staaten und die Westmächte überhaupt einen Erfolg gehabt; die beiden Adriastaaten dürften nun wieder einigermaßen zuverlässige Stützen des westlichen Militärsystems im Mittelmeer sein. Ob aber Triest, das als einstiger großer Ausfuhrhafen des Donauraumes sein Hinterland fast ganz verloren hat, und ob das nun endgültig jugoslawische übrige Istrien, das von seinem natürlichen Absatzmarkt Triest abgeschnitten ist, einer gedeihlichen wirtschaftlichen Zukunft entgegengehen, das ist doch mehr als zweifelhaft. Und im übrigen ist das ohnehin wankende klerikal-reaktionäre Regime in Italien auch durch die Skandalaffäre Montesi, die eine unglaubliche Korruption der Justiz und Verwaltung enthüllt hat, arg bloßgestellt und erschüttert.

Was *Ostasien* anbelangt, so ist an der Niederlage der amerikanischen Politik in Indochina nichts zu ändern. Frankreich allerdings ist froh, mit Anstand aus Nord-Vietnam abgezogen zu sein, und die Regierung Ho Chi-Minh tut sichtlich das ihre, um ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich für die Zukunft zu ermöglichen. Der Wunsch, von China und Rußland unabhängiger zu werden, dürfte dabei nicht der schwächste Beweggrund der Regierung von Hanoi sein. Die Vereinigten Staaten aber haben mit ihrem Plan, die Länder Südostasiens mit den Westmächten zu einem großen «antikommunistischen Verteidigungspakt» (SEATO) zusammenzufassen, klaren Schiffbruch erlitten. Nur Formosa, die Philippinen, Südkorea, Siam und Pakistan, also lauter ausgesprochene Satelliten der USA, sind von den asiatischen Ländern dem Pakt von Manila beigetreten, der damit von vornherein der ursprünglich gewollten Wirkungskraft beraubt ist. Nehru hört nicht auf, als Sprecher Indiens die Nutzlosigkeit, ja Gefährlichkeit einer amerikanischen «Schutzherrschaft» über Ost- und Südasien anzuprangern und betont enge Beziehungen mit China zu pflegen, dem er freilich auch den wohlgemeinten Rat gibt, die Millionen von Chinesen in den südostasiatischen Ländern zur Loyalität gegenüber ihren Wirtsvölkern anzuhalten.

Amerikas Ostasienpolitik hat auch durch den Abschluß des neuen russisch-chinesischen Abkommens, das die Rückgabe Port Arthurs an China und die Verstärkung der sowjetisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen und Verkehrsverbindungen zum Inhalt hat, einen ernsten Rückschlag erlitten. Die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2545) stellt bedauernd fest, «die Spekulation, daß es zwischen Sowjetrußland und dem China Mao Tse-tungs schon (!) in kurzer Zeit zu einem Bruch kommen müsse», sei auf lange hinaus verfehlt.

London und die Folgen Aber nun die «Lösung» der *deutschen Frage*, die auf dem Weg sei? Die amerikanische Regierung hat alles in Bewegung gesetzt, um nach dem Scheitern der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» (EVG) Frankreichs Zustimmung zu einer neuen Formel für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu gewinnen. Und die britische Diplomatie mit Eden als wendigem Leiter hat sie dabei mit voller Kraft unterstützt. Das Ergebnis ist der *Londoner Neunmächtevertrag*, den die französische Regierung nach hartem Markten schließlich angenommen hat – vorbehältlich der Genehmigung durch das Parlament. Sein Kern ist die Aufnahme Westdeutschlands in die Brüsseler Vertragsgemeinschaft und die (noch formell zu beschließende) Eingliederung der Bonner Republik in die NATO (Nordatlantikpakt-Organisation). Rechtlich ist die Abmachung von London unvereinbar mit der UNO-Verfassung, die alle Regionalabkommen zur Förderung kollektiver Sicherheit von der Zustimmung des Sicherheitsrates abhängig macht, also auch von derjenigen der Sowjetunion, die natürlich nicht zu haben ist. Zudem war die Brüsseler Vertragsgemeinschaft ursprünglich gegen eine Wiederkehr der deutschen Gefahr gerichtet; es ist also eigentlich widersinnig, sie jetzt für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu benützen, die (damals) gerade verhindert werden sollte. Aber was kümmert man sich heute noch um Völkerrecht und Friedenssicherung! Entscheidend ist jetzt für Amerika und England, daß Westdeutschlands schlummernde Militärkraft in den Kampf gegen den Sowjetblock eingesetzt werden kann, und dafür ist in London nun der Weg freigemacht worden*.

Die Einigung erfolgte großenteils auf Kosten Englands, das in fast sensationeller Umkehr seiner überlieferten Europapolitik eingewilligt hat, bis zum Ende des Jahrhunderts Truppen (vier Divisionen) auf dem Festland zu belassen; außer der Unmöglichkeit, die Dauer des Militärdienstes (zwei Jahre) in absehbarer Zeit herabzusetzen, hat England darum künftig auch die Kosten für die Aufrechterhaltung seiner Streitkräfte in Westdeutschland zu tragen, die bisher in der Höhe von fast zweieinhalb Milliarden Mark von den Westdeutschen selber übernommen werden mußten. Damit war eine Hauptforderung Frankreichs erfüllt; dazu kam der Verzicht der übrigen Staaten auf den unkontrollierbaren Apparat einer übernationalen europäischen Militärbehörde, der (papierene) Verzicht Westdeutschlands auf die Herstellung moderner Massenzerstörungswaffen und auf die gewaltsame Zurückholung der verlorenen deutschen Ostprovinzen sowie die Einrichtung eines verwickelten Systems der Rüstungsbeaufsichtigung – lauter Zugeständnisse, die es den französischen Vertretern erleichterten, die Londoner Schlußakte zu unterschreiben.

---

* Der Londoner Vertrag ist inzwischen in Paris durch eine ganze Reihe von diplomatischen Abmachungen erfüllt und ergänzt worden. Nur in der Saarfrage gab es zuerst Schwierigkeiten; sonst ging alles programmgemäß (23. Oktober).

Ob diese diplomatischen Erfolge ausreichen werden, um Volk und Parlament Frankreichs über die deutsche Gefahr zu täuschen, steht dahin; das Vertrauensvotum, das Mendès-France von der Nationalversammlung bekommen hat, macht es immerhin wahrscheinlich, daß wenigstens im Parlament die Ratifizierung des Londoner Abkommens durchgedrückt werden kann, besonders seit die sogenannten Sozialisten umgefallen sind, nachdem ihnen Mendès-France die Wiederbeteiligung an der Regierung angeboten hatte. Charakterhelden! Daß die tiefe Spaltung im französischen Volke in der Frage der deutschen Wiederaufrüstung nach wie vor bestehen bleibt, weiß Mendès-France selbst gewiß am besten. Aber er ist eben – das zeigt sich, in Bestätigung unserer Würdigung seiner Politik in der August/September-Rundschau, neuerdings ganz deutlich – grundsätzlich durchaus ein Mann der Rechten, der sozialen und politischen Konservation, der an die Bedrohung des Westens durch die sowjetische Militärmacht glaubt.

Das schließt natürlich nicht aus, daß Mendès-France unter starkem Druck stand. Man weiß tatsächlich (und zwar nicht zuletzt aus unverdächtigter amerikanischer Quelle selbst, so aus den Berichten des westdeutschen Korrespondenten der «New York Times»), daß man in Washington und Bonn allen Ernstes mit dem Plan umging, die Regierung Mendès-France stürzen zu lassen und sie, womöglich unter Ausschaltung der Kommunisten aus dem Parlament, durch eine gefügigere Regierung zu ersetzen, falls sie nicht von selber auf die amerikanisch-westdeutsche Linie einschwenke. Mendès-France scheint diesem Manöver zuvorgekommen zu sein, indem er – nach Aushandlung einer Anzahl von Zugeständnissen – der *neuen*, in London gefundenen Form der westdeutschen Aufrüstung zustimmte und die parlamentarische Basis seines Kabinetts durch Einbeziehung der Sozialisten zu verbreitern beschloß. Aber das ändert nichts daran, daß Mendès-France aus Überzeugung für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands einsteht – sofern man nicht eine doch unwahrscheinliche Doppelzüngigkeit dieses freilich recht undurchsichtigen Taktikers annehmen will.

Auf alle Fälle triumphiert man jetzt in Bonn, wo man sich schon fast am Ziele seiner Wünsche glaubt. Das «westdeutsche Verteidigungsamt» gab ja in aller Form bekannt, daß Westdeutschland nach der Ratifikation der Londoner Beschlüsse «die am stärksten motorisierte Armee Westeuropas, im Rücken gestärkt durch die größte Reserve von ehemaligen Kriegsteilnehmern» (vier bis fünf Millionen Mann), besitzen werde. Die *neue westdeutsche Wehrmacht* soll zunächst einmal 500 000 Mann und 22 000 Offiziere, darunter 50 (hitlersche) Generäle, umfassen. Aber natürlich denkt im Bonner Kriegsministerium kein Mensch daran, daß es dabei bleiben werde; wer will Westdeutschland auch verhindern, seine Wehrmacht auf den überhaupt erreichbaren Höchststand zu bringen, wenn man ihm einmal die ersten zwölf Divisionen zugesprochen hat? Und daß diese Armee und ihre Luftflotte nur zu Verteidigungszwecken

eingesetzt würde, das widerspricht so sehr aller Wahrscheinlichkeit und aller preussisch-deutschen Überlieferung und Praxis, daß daran erst recht kein ernstzunehmender Mensch glaubt. Man braucht nicht einmal an Herrn Adenauers Geständnis vom Dezember 1951 in Hannover zu erinnern: «Unser Hauptgrund, weshalb wir in die Europaarmee hineinwollen, ist, daß wir imstande sein müssen, unsere Ostgebiete zurückzugewinnen», um zu wissen, was es mit der «Befreiung» Ostdeutschlands und der verlorenen Provinzen «durch rein friedliche Mittel» auf sich hat. Im Vollbesitz seiner militärischen und außenpolitischen Souveränität wird Westdeutschland tatsächlich zur beherrschenden Macht Mittel- und Westeuropas werden und nicht nur in aller Ruhe die Kader für einen bewaffneten Aufstand in Ostdeutschland organisieren, sondern auch – in Gemeinschaft mit den Vereinigten Staaten – die bekannte Druck- und Drohpolitik gegen die Sowjetunion soweit steigern, bis Moskau entweder kapituliert oder zum «ruchlosen Angriff» auf den Westen gezwungen wird.

Inzwischen wird jeder Versuch, Deutschland auf gütlichem Wege zu einigen, hinfällig werden. Die Sowjetunion wird ihre Stellung in Ostdeutschland nicht räumen, sondern verstärken, und daraus wird der westdeutsche Nationalismus und Militarismus nur immer neue Nahrung ziehen. Die Rechte wird in der Bundesrepublik gestärkt und die Linke geschwächt werden – das ist als Ergebnis einer westdeutschen Wiederbewaffnung mit Sicherheit vorauszusehen. Soweit hat die westdeutsche Sozialdemokratie durchaus recht, und darum ist es mehr als verständlich, wenn der jüngste Kongreß des westdeutschen Gewerkschaftsbundes einen «Wehrbeitrag» der Bonner Republik solange verweigert wissen will, als nicht neue Verhandlungen mit der Sowjetunion stattgefunden hätten und Deutschland wiedervereinigt sei. (Ein noch schärferer Antrag, der sich grundsätzlich gegen jede Form der Wiederaufrüstung wandte, wurde nur mit knappem Mehr abgelehnt.) Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie und der ihr nahestehenden Gewerkschaften wäre es, die westdeutsche Arbeiterschaft in diesem ihrem Kampfe mit allen Kräften zu unterstützen – und nicht die Neubewaffnung Westdeutschlands zu begünstigen und alle Bemühungen der Sowjetunion, diese wirkliche und größte Gefahr Europas zu bannen, als hinterlistige «Störversuche» gegenüber der sich bildenden «westlichen Verteidigungsgemeinschaft» zu denunzieren, wie es auch in bezug auf Molotows neuen Vorschlag, den Frieden durch *kollektive Bestandesgarantie* zu sichern, wieder geschehen ist. Aber die Verblendung durch die Kommunistenpsychose ist eben so groß, daß man auch auf sozialdemokratischer Seite von Verhandlungen mit der Sowjetunion auf einer für diese annehmbaren Grundlage einfach nichts wissen will. Man klagt immer nur die Russen an, daß sie Ostdeutschland nicht herausgeben und keine gesamtdeutschen Wahlen zugestehen wollten. Kommen die Russen aber mit einem Vorschlag, der auf die Räumung Ostdeutschlands abzielt unter der Bedingung, daß auch

Westdeutschland geräumt und neutralisiert werde, dann ist das einfach ein Versuch, Deutschland zu bolschewisieren und «einer kommunistischen Minderheit allmählich die Herrschaft über das ganze Land zu sichern», wie sich Eden am Parteitag der britischen Konservativen in Blackpool ausdrückte. Was den Westmächten und ihren Mitläufern allein genehm ist, das ist die *bedingungslose* Räumung Ostdeutschlands als Folge gesamtdeutscher Wahlen und sein Anschluß an den (kapitalistischen!) Westen, insbesondere auch an das westmächtliche Militärsystem. Und darüber hinaus soll dann natürlich die ganze staatliche Ordnung und Machtverteilung in Osteuropa umgestürzt werden, mit dem Ziel, den Geltungsbereich der «freien Welt» bis an den Ural und nach Sibirien hinein auszudehnen. Daß die Westmächte unter diesen Umständen keine Garantierung der heutigen Ländergrenzen durch ein System kollektiver Sicherheit wünschen können, liegt auf der Hand. Nur sollte man so ehrlich sein und es auch zugeben und nicht mit fadenscheinigen Begründungen alle Verhandlungen ablehnen, die ein friedliches Nebeneinander von Ost und West *trotz* dem Gegensatz der Wirtschafts- und Staatssysteme zum Ziele haben.

Nichts Neues in den USA Es muß schon ein völliger Gesinnungs- und Kurswechsel sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Westdeutschland – den beiden weltpolitisch entscheidenden Ländern – eintreten, wenn dieses Nebeneinander – die berühmte «Koexistenz» – möglich werden soll. Wir geben die Hoffnung darauf keinen Augenblick preis, vermögen aber noch immer keine ernsthaften Anzeichen zu erkennen, die auf ihre Erfüllung hindeuten würden. Vor allem nicht in den *Vereinigten Staaten*. Die amerikanische Außenpolitik bleibt, was sie seit Roosevelts Tod immer mehr geworden ist: draufgängerisch, machtberauscht, zur nötigenfalls gewalttätigen Abrechnung mit dem Weltkommunismus entschlossen. «Ihr langfristiges Ziel», so schreibt die Neuyorker «Monthly Review» (Oktober),

«besteht darin, die bestehenden sozialistischen Regimes in Osteuropa und China zu beseitigen, die Sowjetunion zu isolieren und eine Lage zu schaffen, in der Amerika tatsächlich die Weltherrschaft ausüben würde. Dieses Programm hat aber natürlich nur dann einen Sinn, wenn hinter ihm eine unbedingt überlegene Militärmacht steht, und eine solche besitzen genau so natürlich die Vereinigten Staaten nicht. Daraus folgt, daß die amerikanische Außenpolitik von dem unablässigen Streben beherrscht ist und, solange das langfristige Ziel unverändert bleibt, beherrscht sein *muß*, ihre Militärkraft schneller zu entwickeln, als das der sozialistische Block kann. Und das wiederum bedeutet, daß in absehbarer Zukunft die rascheste Wiederaufrüstung Westdeutschlands und Japans den unbedingten Vorrang in allen politischen Berechnungen der Vereinigten Staaten haben muß.»

Das Verhängnisvolle dabei ist, daß diese Berechnungen immer wieder gründlich fehlschlagen müssen – wie die Entwicklungen namentlich des laufenden Jahres so deutlich gezeigt haben –, weil der *Antikommu-*

nismus und *Antisozialismus* alles andere als ein zuverlässiger Leitfaden durch das Gewirr der Weltpolitik ist. Um eine andere amerikanische Zeitschrift anzuführen, die «Nation» (11. September):

«Seit Jahren hat nun eine antikommunistische Hysterie, die das Weiße Haus, die Bundesversammlung, das Staatsdepartement, das Radio und die Presse gleicherweise erfaßt hat, unsere Bewegungs- und Entschlußfreiheit in den Weltangelegenheiten zunichte gemacht. Für eine amtliche Persönlichkeit in Washington ist es so gut wie unmöglich geworden, einen unabhängigen Gedanken über die Außenpolitik zu haben, ohne sich verdächtig zu machen. Wenn unser Außenminister nach Genf geht – wie es Dulles tat –, in tödlicher Angst, er könnte mit Tschu En-lai auf das gleiche Bild kommen, weil das in der Bundesversammlung einen Aufruhr entfesseln könnte – wer hätte da billigerweise von ihm erwarten mögen, daß er gute Arbeit als Unterhändler leisten werde? Unsere Außenpolitik hat sich in einem Netz dummer Verleumdungen und Verdächtigungen verfangen, das durch die antikommunistische Propaganda gewoben worden ist.»

Aber weit entfernt, dieses Netz aufzulösen, bemüht man sich in Amerika, es noch immer dichter zu weben. Die von Senat und Abgeordnetenhaus fast einstimmig beschlossene gesetzliche Ächtung der Kommunistischen Partei (mit ihren vielleicht 25 000 Mitgliedern in einem Volk von 160 Millionen) ist eine neue Bekundung dieses Strebens. Natürlich wird auch die Ungesetzlichkeit der KP, die Androhung der Ausbürgerung ihrer aktiven Mitglieder, die Rechtlosmachung aller «kommunistisch durchsetzten» Gewerkschaften und was sonst noch an ähnlichen Maßnahmen beschlossen wurde, den Kommunismus in den Vereinigten Staaten keineswegs zerstören, im Gegenteil ihn erst recht beleben und stärken; zerstört wird allmählich in Amerika nur die politische Freiheit und Demokratie, die mit diesem ganzen Antikommunismus gerettet werden soll.

Man muß sich immerhin daran erinnern, daß im November wieder *Wahlen* in den Vereinigten Staaten fällig sind: die Gesamterneuerung des Abgeordnetenhauses und die Drittelserneuerung des Senats. Und da beide große Parteien um die Meisterschaft im Antikommunismus ringen, so sind sie natürlich zu jeglicher, wirklich zu jeglicher Torheit fähig, um nur ja nicht in den Verdacht zu kommen, die angeblichen Lebensinteressen der «freien Welt» zu vernachlässigen. Was für Aussichten sie im Kampf um die Seele des Wählers haben (um den üblichen pathetischen Ausdruck zu gebrauchen), ist schwer zu sagen; wenn es nach den jüngsten Wahlen im Staate Maine geht, die von jeher als parteipolitisches Barometer galten, dann müßte ein starker Erdrutsch zugunsten der Demokraten, also der gegenwärtigen Oppositionspartei, erfolgen. Ähnliche Anzeichen wurden im Staate Wisconsin festgestellt, wie überhaupt die Stimmung wichtiger Wählergruppen (Bauern, Arbeiter usw.) den Republikanern ungünstig zu sein scheint. Aber es kommt ja auch gar nicht so sehr darauf an, was für eine Partei in Washington regiert, namentlich nicht, was den Kurs der Außenpolitik betrifft. Gewiß bestehen Unterschiede, zum Teil sogar recht beträchtliche, zwischen den politischen Kräften und Gruppen, die um die Macht kämpfen, aber der Kampf spielt sich im

wesentlichen eben doch *innerhalb der herrschenden Klasse selbst* ab, deren Untergruppen in Taktik, Temperament und Sonderinteressen auseinandergehen, aber in Grundauffassung und Fernziel, besonders auch in ihrem gegenrevolutionären Willen, außen- wie innenpolitisch einig sind. Und darin ist fürs erste keinerlei wesentliche Änderung zu erwarten. Amerikas Einstellung zum Kernproblem der internationalen Politik – Verhandeln oder Schießen – bleibt die gleiche, die sie seit Beginn des Kalten Krieges immer war.

Wie steht es aber mit Amerikas Hauptpartner, mit der Deutschen Bundesrepublik, und der dort vorherrschenden politischen Denkweise und Gefühlslage?

Blick nach Deutschland Der Schreibende nahm Gelegenheit, auf dem Wege nach England, das er wieder einmal besuchen wollte, anfangs September eine Woche in Süddeutschland zu verbringen. Der äußere Eindruck ist immer wieder bestechend; man ist erstaunt, wie schnell und wie vollständig sich die westdeutsche Wirtschaft von den Kriegswirkungen erholt hat und wie weit der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete fortgeschritten ist, nicht zuletzt auch auf dem Lande. Neben der massiven Dollarhilfe hat dazu am meisten die berühmte «deutsche Tüchtigkeit» und verbissene Arbeitsamkeit beigetragen, die freilich durchaus nicht nur eine Tugend ist, namentlich wenn sie sich als rücksichtslose Konkurrenz und Herrschsucht gegen das Ausland kehrt. Anderseits hört man auch düstere Prophezeiungen, daß die gegenwärtige Wirtschaftsblüte früher oder später ein rauhes Ende nehmen müsse, habe doch die westdeutsche Industrie keine solide Kapitalgrundlage (wie etwa die schweizerische Wirtschaft) und beruhe sie allzu sehr auf Pump und Spekulation. Von der kommenden Rüstungskonjunktur erwartet man darum – oh, ihr Kurzsichtigen! – stärkste festigende und sichernde Wirkungen.

Was die politische Atmosphäre betrifft, so habe ich fast überall einen ausgesprochenen Widerwillen gegen neuen Militärdienst und erst recht gegen neue Kriegsabenteuer bemerkt. Der Zusammenbruch der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» wurde besonders von der jüngeren Generation geradezu mit Erleichterung begrüßt, verbunden freilich mit der bangen Frage, ob der «deutsche Wehrbeitrag» nicht einfach in anderer Form kommen werde.

Diese antimilitaristische Stimmung wäre soweit ja sehr erfreulich – wenn sie nur genügend tief ginge. Aber da fehlt es eben sehr. Einerseits vermißt man vielfach das Streben nach einem *positiven* Ziel der westdeutschen Politik. «Auf Verträge über kollektive Sicherheit, Neutralisierung und Entmilitarisierung geben wir nichts; es wird ja doch wieder einmal zum Krieg kommen; keine Partei oder Bewegung verdient bei uns irgendwelches Vertrauen» – solche und ähnliche Aussprüche kann man gar nicht selten vernehmen. Anderseits fällt einem – im geraden Gegen-

satz zu diesem Skeptizismus – das schlechthin naive Zutrauen zu der Friedfertigkeit und Gutartigkeit der regierenden Kreise auf, das weithin im Volke herrscht. Gegenüber dem so rapid wiederaufschießenden kapitalistischen Imperialismus und nationalistischen Militarismus in der alten Führungsschicht ist man oft verhängnisvoll blind – gewollt und ungewollt. Darum hat es diese Schicht auch so leicht, die Zustimmung breiter Volkskreise für sich zu gewinnen und die öffentliche Meinung so zu lenken und zu formen, wie es ihren Zielen dient. Dies um so mehr, als der Durchschnittsdeutsche sozusagen automatisch auf die antikommunistische und nationalistische Propaganda anspricht, mit der die Herrschenden für ihre vor allem gegen den Osten gerichtete Ausdehnungs- und Herrschaftspolitik werben. Was namentlich in der Sowjetunion geschieht oder von dorther kommt, wird auf die dümmste und gehässigste Weise heruntergemacht, wobei die gläubig aufgenommenen Erzählungen der ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen in Rußland eine besonders üble Rolle spielen*.

Und wenn gar die Rede auf die deutsche Kriegsschuld und die deutschen Kriegsverbrechen kommt, dann stößt man auf die härteste nationale Selbstgerechtigkeit und auf jene erschütternde Unbelehrbarkeit und Reuelosigkeit, die ein neues und diesmal vielleicht endgültiges Strafgericht auf Deutschland herabzuziehen droht. «Ich habe nichts verbrochen, und was andere etwa getan haben, das geht mich nichts an. Ich bin überhaupt nicht dabei gewesen und weiß nichts darüber auszusagen.» Oder: «Ich war selbst im Kriege, habe aber nie etwas von den Verbrechen gesehen, die man uns jetzt andichtet. Das ist alles nur Feindpropaganda.» Derlei Aussprüche kann man in jeder Unterhaltung über die nazistische Kriegspolitik und Kriegführung hören, oft gewürzt durch den borniertesten Antisemitismus. «Hier in X.», so sagte zu mir eine Frau, «gab es vor dem Krieg ein paar tausend Juden. Die sind keineswegs von uns ausgerottet worden; fast alle leben sie noch irgendwo draußen in der Welt und hetzen jetzt gegen Deutschland. Wir haben das durch Nachfragen festgestellt.» Was soll man mit einem solchen Geisteszustand anfangen? Muß man nicht fast daran verzweifeln, daß das Licht der Wahrheit einmal auch in dieses grausige Dunkel einbrechen werde?

England 1954 Welche Entspannung und Erfrischung demgegenüber, wenn man in das geistige Klima Großbritanniens eintaucht! Ich habe bestätigt gefunden, was Scott Nearing, aus Amerika kommend, in seinen «World Events» (September 1954) auf den briti-

* Nicht einmal die sportlichen Leistungen der Russen und Russinnen können die Deutschen vorurteilslos würdigen. In einer süddeutschen Zeitung las ich zum Beispiel, wie eine im Fünfkampf auf den dritten Platz verwiesene deutsche Sportlerin die sowjetische Siegerin zu diskreditieren versuchte, indem sie einfach ihr Geschlecht anzweifelte und bemerkte, daß hier «nur die rohe Kraft» gesiegt habe! Die Zeitung, die das druckte, ließ es ohne ein Wort des Widerspruches passieren.

schen Inseln angetroffen hat: «Ein Volk, das trotz schweren Verlusten und ernsthaft drohenden Gefahren sein Gleichgewicht bewahrt, seinen Frohmut behalten und seine altbewährte, musterhafte Duldsamkeit und Freiheit in der Ordnung nicht preisgegeben hat. Ein Amerikaner, der jetzt England besucht, ist von der Abwesenheit von Furcht oder Hysterie beeindruckt. Die Briten sind weder angespannt noch übererregt. Sie gehen mit üblicher Sachlichkeit ihren Geschäften nach. Sie haben sicher keine Angst voreinander. Spionenpanik gibt es nicht. Jawohl, es gibt natürlich Kommunisten in der Industrie, in den Gewerkschaften und im Staatsdienst. Aber kein Mensch glaubt, daß den 50 Millionen Briten, die im Jahre 1940 ganz allein die Nazi abgewehrt haben, von ein paar tausend Kommunisten Gefahr drohe.»

Auch wirtschaftlich bietet Großbritannien ein mindestens an der Oberfläche erfreuliches Bild. Als ich vor sieben Jahren das letztemal in England weilte, lasteten Kriegsnot und Kriegsentbehrung noch schwer auf dem Volk. Heute ist das Normale ein bis weit in die «unteren» sozialen Schichten hinabreichender Wohlstand, ein Gefühl der Lebenssicherheit, ein zukunftsfreudiger Optimismus. Die Industrie ist vollbeschäftigt, die Arbeitslosigkeit beinahe verschwunden, das Lohnniveau verhältnismäßig hoch; die Lebenskosten steigen nur langsam, die Knappheit und Rationierung der ersten Nachkriegsjahre haben einer ungewohnten Güterfülle Platz gemacht, und von den Wohlfahrtseinrichtungen der Labourzeit ist das Wesentliche auch unter der konservativen Regierung erhalten geblieben*. Freilich, die Altersrentner und Verdienstunfähigen sind bös dran (man sieht in London wieder oder immer noch allzu viele Bettelmusikanten auf den Straßen), der Verbrauch pro Kopf ist im Jahr 1953 kaum höher gewesen als 1937, und die Kapitalinvestierungen in Industrie und Handel sind erheblich geringer als in Deutschland und Amerika, während die industrielle Produktion jetzt rund 50 Prozent und die Ausfuhrmenge gar 70 Prozent über dem Vorkriegsniveau steht. Schwer drückt auch die Kriegsrüstung auf die Wirtschaft, der sie fast eine Mil-

* Ein wohl typisches Beispiel: Das Grubenrevier um Durham herum, das ich einigermaßen kenne, gehörte in den dreißiger Jahren und auch noch in den ersten Nachkriegsjahren zu den ausgesprochenen Notlagegebieten (depressed areas), in denen wirklich schwarze Armut, soziale Zerrüttung und fast Hoffnungslosigkeit herrschten. Heute bietet die ganze Gegend ein Bild von Gedeihen, Aufschwung und bescheidenem Wohlstand. Die Bergarbeiter (und die Angehörigen verwandter Berufe) zählen zu den bestbezahlten Arbeitskräften; sie genießen die Fünftagewoche und alle Vorteile der sozialen Dienste, die – neben der Nationalisierung der Bergwerke – von der Labourregierung der Jahre 1945 bis 1950 geschaffen worden sind. Ein Freund von mir, Maschinist in einer Kokerei, vermochte sich sogar einen Fernsehapparat zuzulegen, der ihn an die tausend Franken (nach unserem Geld) kostete, nicht zuletzt dank der Vollbeschäftigung auch seiner zwei Söhne. Der Gemeinderat seines Wohnortes (eines schmucken Städtchens von etwa 14 000 Einwohnern), dem er selber angehört, weist jetzt eine erdrückende Labourmehrheit auf, während früher die Konservativen und Liberalen überwogen.

lion der kräftigsten Arbeitskräfte entzieht bei gleichzeitiger Beanspruchung von zwölf Prozent des Volkseinkommens.

Und natürlich sind nicht nur die gräßlichen Industriestädte und -dörfer, besonders Mittelenglands, mit ihren grauen oder backsteinroten, eintönigen, aber soweit sauberen Reihenhäusern geblieben, sondern auch die eigentlichen Slums, die Armut- und Elendsquartiere mit ihren jammervollen Wohnungsverhältnissen. Mit unserem Freund, Pfarrer Jack Boggis, der inmitten des Londoner Eastend mit seinen Kollegen und Gesinnungsgenossen eine so bewundernswerte, wenn auch oft undankbar scheinende Arbeit tut, bin ich an einem Vormittag durch solch eine Slumgegend im Bezirk Stepney gewandert. Die Zerbombung durch deutsche Flugzeuge und Ferngeschoße hat zwar Gelegenheit gegeben, ein Stück Neuaufbau von Ost-London durchzuführen, mit modernen Wohnblökken, Grünanlagen, Plantschbecken usw. Aber noch immer gibt es ganze Straßenzüge und Viertel, in denen ein unglaubliches Völker- und Rassengemisch – Juden in besonders großer Zahl, Iren, Balkanier, Inder, Araber, Neger, Mongolen usw. – in trostlosen Wohnhöhlen haust. Man begreift fast nicht, wie menschliche Wesen ihr ganzes Leben lang, jahraus, jahrein, hier existieren können, ohne völlig stumpf und degradiert zu werden. Und ohne rebellische Kommunisten zu werden, möchte man beifügen. Aber gerade die abstumpfende Lebensweise, dazu die zersplitternde Wirkung des Völkerchaos, der Einfluß der römisch-katholischen Kirche (Iren!), auch ein gewisser Antisemitismus, der sich hier als Reaktion auf den «jüdischen Kommunismus» breitmacht, wirken einer politischen Radikalisierung und organisierten Aufstandsbewegung entgegen. Stepney ist jedenfalls seit 1931 brav labourparteilich verwaltet, mit gelegentlichem Aufflammen eines unklaren, aber bösartigen Faschismus*. Wie ungeheuer viel noch geschehen muß, damit in Großbritannien menschenwürdige Wohnverhältnisse für *alles* Volk geschaffen werden, wird einem beim Anblick solch typischer Slumquartiere besonders deutlich bewußt. Nur – woher soll das Geld dafür kommen, wenn Milliarden um Milliarden für eine angeblich notwendige *militärische* Verteidigung gegen die kommunistische Drohung verschleudert werden?

Kein Wunder aber, daß dennoch alles nach internationaler Entspannung und friedlicher «Koexistenz» mit dem kommunistisch regierten Drittel der Menschheit seufzt! Gewiß, man fordert – außer auf der äußersten Linken und bei den radikalen Pazifisten – nirgends im Ernst einen Bruch der Allianz mit Amerika, dieser Grundlage aller britischen Außenpolitik seit anderthalb Jahrzehnten. Aber daß die Stimmung gegenüber den Vereinigten Staaten alles andere eher als freundlich ist, kann man anhand der Presse und des Radios, aber besonders auch in der

* Im vergangenen Frühjahr schmierten Rassenhetzer an eine Hauswand die Losung: «Keep Stepney white!» («Erhaltet Stepney weiß!») Vier Pfarrer zogen daraufhin mit Farbe und Pinsel aus und ersetzten das «weiß» durch «brüderlich» (brotherly).

privaten Unterhaltung leicht feststellen. Die Überzeugung, daß ein neuer Weltkrieg, in den England durch sein Bündnis mit Amerika hineingerissen würde, die Vernichtung der britischen Inseln durch russische A- und H-Bomben bringen müßte, ist ziemlich allgemein. Und die Revolte der britischen Regierung gegen die amerikanischen Interventionsabsichten im Schlußabschnitt des Indochinakrieges, gefolgt von der Lösung der indochinesischen Krise ohne und gegen Amerika, war nur der natürliche Ausdruck einer Gefühlslage, die in England durchaus vorherrschend geworden ist.

Dazu kommt die offenkundige Rivalität zwischen dem britischen und dem amerikanischen Imperialismus, die sich in den letzten Jahren an allen neuralgischen Stellen der Welt entwickelt hat, in Persien und Ägypten wie in Korea und Formosa, in der spanischen wie in der deutschen Frage, im Kampf um Südamerika wie in der Stellung zu Indien und Pakistan. Natürlich geht diese Rivalität nicht soweit, daß sie die britisch-amerikanische Solidarität gegenüber der aufstrebenden Welt des Ostens ernsthaft gefährden würde; die herrschende Klasse Englands bleibt solid antikommunistisch und würde, wenn es doch zum Kriege käme, ohne jedes Zögern an der Seite Amerikas in den Entscheidungskampf mit dem «roten Menschheitsfeind» treten. Aber was sie im Rahmen ihrer Klassenpolitik tun kann, um ein solches selbstmörderisches Unternehmen zu vermeiden, das wird sie gewiß tun. Churchill und Eden gelten nicht zu Unrecht als «die intelligentesten Mitglieder der intelligentesten kapitalistischen Herrenklasse in der Welt».

Vom Labourparteitag Wo steht nun aber in dieser großen Auseinandersetzung die britische *Labourpartei*? Denn nicht wahr, ihr fällt ja heute auf der Weltbühne eine besonders bedeutsame und verantwortungsschwere Rolle zu, sowohl als der stärksten organisierten Kraft des sogenannten demokratischen Sozialismus wie auch als der Partei, die früher oder später wieder die Regierung des britischen Imperiums zu stellen hat. Einen guten Einblick in das Getriebe der Labourpolitik und die verschiedenen Strömungen, die um deren Gestaltung ringen, bot dem Schreibenden der Ende September in *Scarborough*, der großen Seebadestadt, abgehaltene *Parteitag*, dem er während fünf Tagen als Beobachter beiwohnen konnte. Es darf davon wohl auch hier etwas ausführlicher die Rede sein.

Das wichtigste Geschäft, das der Labourkongreß zu behandeln hatte und dessen Erledigung im ganzen Lande mit Spannung erwartet wurde, war die Stellungnahme zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Bis zum Sommer 1950 war die Labourbewegung durchaus einig in der Ablehnung jeglicher Neubewaffnung Deutschlands. Ernest Bevin, der damalige Außenminister, sprach sich noch im März jenes Jahres mit aller Schärfe gegen einen deutschen «Wehrbeitrag» aus, wie er von Churchill gefordert wurde. Da kam der Koreakrieg und die von Amerika entfes-

selte Kommunistenpanik. Ihr verdanken wir nicht nur unser unerhörtes schweizerisches Rüstungsprogramm; auch die Labourregierung ließ sich vom Parlament weitreichende Aufrüstungsmaßnahmen bewilligen, und Bevin, der mit seinem französischen Kollegen Schuman nach Washington berufen worden war, bekehrte sich dort unter stärkstem amerikanischem Druck zur Befürwortung der westdeutschen Aufrüstung. Angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten, in die sich Großbritannien begeben hatte, glaubte die Londoner Regierung eben, keinerlei offenen Konflikt mit Amerika wagen zu dürfen, und zog die Kapitulation vor Achesons Ultimatum vor. Im Februar 1951 stellte dann Attlee freilich eine Anzahl Bedingungen auf, die erfüllt sein müßten, wenn Westdeutschland endgültig seine Wehrmacht wiederbekommen solle. Aber ein Teil der Labourführer nahm diese Vorbehalte niemals ernst, und der neue Außenminister, Herbert Morrison, legte sich denn auch – bezeichnenderweise wieder anläßlich einer «Wallfahrt» nach Washington – in aller Form auf die Zustimmung zur «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» fest, in deren Rahmen die Bonner Republik wiederaufgerüstet werden sollte. Am vorjährigen Labourparteitag in Margate wurde der Grundsatz der westdeutschen Aufrüstung zwar mehrheitlich gutgeheißen, aber (gemäß einer Erklärung des Parteisekretärs Morgan Phillips) nur unter der Bedingung, daß zuerst eine Verständigung mit der Sowjetunion über die Schaffung eines geeinten, abgerüsteten Deutschlands unter einer freigewählten Gesamtregierung erstrebt und abgelehnt sein müsse. Die Parteileitung erachtete diese Bedingung als durch das Scheitern der Berliner Konferenz erfüllt, obwohl die Westmächte der Sowjetunion niemals den Vorschlag gemacht haben, sie würden Westdeutschland räumen und ein geeintes Deutschland entmilitarisieren, wenn Rußland in gesamtdeutsche Wahlen einwillige. Sie muteten vielmehr – wie man weiß – der Sowjetunion die *bedingungslose* Freigabe Ostdeutschlands zu (als Folge gesamtdeutscher Wahlen) und beharrten darauf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland dem militärischen «Verteidigungssystem» des Atlantikblockes angeschlossen werden dürfe und solle – ein Vorschlag, den Rußland natürlich verwerfen *mußte*.

Und nun wurde also die deutsche Frage erneut vor den Parteitag gebracht. Alles, was ich in Scarborough (und sonst) hörte, läßt es mir als sicher erscheinen, daß die große Mehrheit des Labourparteivolkes *gegen* eine Wiederbewaffnung Westdeutschlands ist. Insbesondere die eigentlichen Parteisektionen, die in Wahlkreisverbänden zusammengefaßt sind, haben sich ganz überwiegend für die dauernde Entwaffnung Deutschlands ausgesprochen; aber auch in den Gewerkschaften, die der Labourpartei gesamthaft angeschlossen sind, besteht eine starke Strömung gegen die deutsche Aufrüstung, kam doch am jüngsten Kongreß des Britischen Gewerkschaftsbundes nur eine schwache Mehrheit *dafür* zustande. Die Wahrscheinlichkeit war darum groß, daß am Parteitag die Opposition durchdringen werde, wenn auch hüben und drüben nur mit einem ge-

ringen Stimmenunterschied für die eine oder die andere Auffassung gerechnet wurde. Die Parteileitung sah darum ihre Aufgabe darin, erstens die *Regie* des Kongresses so zu führen, daß mindestens ein Teil der Delegierten der Sektionen und Wahlkreisverbände stimmungsmäßig umfallen müsse, und zweitens einige nicht ganz sichere Vorstände von *Gewerkschaften* derart unter Druck zu setzen, daß sie den Instruktionen ihrer Verbandstage zuwider die Losung für Deutschlands Aufrüstung ausgäben.

Die Absicht ist beide Male gelungen. Und die Opposition trug selbst noch dazu bei, daß sie gelang. Die Einheitsresolution gegen die deutsche Aufrüstung, zu der die zahlreichen Anträge der Orts- und Wahlkreisorganisationen verschmolzen worden waren, war nämlich so ungeschickt formuliert und zeigte so wenig klar einen Weg zur wirklichen Lösung der deutschen Frage, daß sich ihr gegenüber die Resolution des Parteivorstandes mit ihrer gewollten Zweideutigkeit und ihren scheinbaren Zugeständnissen an die Opposition nicht wenigen Delegierten von vornherein empfahl. Der gegnerische Antrag durfte zudem nach Reglement nicht von den im Parteivorstand sitzenden Oppositionsführern, wie Bevan, Driberg, Barbara Castle oder Croßman, begründet werden; sein Hauptbefürworter war ein in weitesten Kreisen unbekannter, wenn auch nicht unberedter Vertreter der Gießereiarbeiter namens Casasola (Morrison ließ es sich nicht entgehen, ihn als den «neuen Casanova» lächerlich zu machen). Demgegenüber konnte die Parteileitung ihre «größten Kanonen» ins Feld schicken, vor allem Attlee, der die offizielle Resolution begründete, und Morrison, der das Schlußwort hatte. Beide sprachen fast eine halbe Stunde, während Casasola nur zehn Minuten Redezeit hatte und die anderen Votanten nur fünf Minuten. Die Spieße waren also von vornherein sehr ungleich lang. Dazu kam, daß namentlich Attlee beim Parteivolk immer noch ein gewaltiges persönliches Ansehen hat, das er denn auch mit seinem ganzen Gewicht in die Waagschale warf, und mit Erfolg – wennschon sehr mit Unrecht – die Politik der Aufrüstung Deutschlands gegen die kommunistische Drohung als Gebot kühler staatsmännischer Vernunft ausgab, die Haltung der Opposition aber als Ausdruck eines verwerflichen «Emotionalismus» (Gefühlsüberschwangs) abtat. Morrison seinerseits malte die Folgen einer Niederlage der Parteiführung in düsteren Farben aus und arbeitete auch sonst mit recht zweifelhaften, aber stimmungsmäßig wirksamen Überzeugungsmitteln. Kurz, der Appell an die Gefolgstreue gegenüber den «bewährten» alten Führern mit ihrer Erfahrung und Autorität verfehlte seine Wirkung auf die nichtgebundenen Delegierten nicht, so wie auch sonst im Verlaufe des Parteitages zu beobachten war, daß sachlich noch so gut begründete Oppositionsanträge, die den spontanen Beifall der Kongreßmehrheit gefunden hatten, unter den Tisch fielen, sobald ein Vertreter des Parteivorstandes gesprochen hatte. Bezeichnend ist jedenfalls das Wort jenes

Parlamentsabgeordneten, der nach dem «Daily Mirror» (29. September) erklärte, «sein einziger Wunsch in der Zukunft wie in der Vergangenheit sei, der Partei als ganzer seine vollständige Loyalität zu schenken. Er werde darum jetzt *gegen* die deutsche Wiederaufrüstung sprechen und *für* sie stimmen». «Ein grimmiger Scherz, wahrlich», so fügt das Labourblatt hinzu, «aber voller Bedeutsamkeit für die Parlamentsfraktion der Labourpartei.»

Sozialistische Demokratie! Zyniker mögen all dieses Manövrieren und Manipulieren des «Stimmviehs» als unvermeidliche Begleiterscheinung des Betriebes einer Massenpartei erklären. Wie sie aber die Beherrschung der Labourpartei durch eine dünne Schicht von Gewerkschaftsbürokraten rechtfertigen wollen, würde mich doch interessieren. In Scarborough waren vertreten

70	Gewerkschaftsverbände	mit	5 063 000	Stimmen
607	Wahlkreissektionen der Labourpartei	mit	1 276 000	Stimmen
19	Föderationen	mit	10 000	Stimmen
4	sozialistische Gesellschaften (Fabier usw.)	mit	9 000	Stimmen
	die Genossenschaftspartei	mit	28 000	Stimmen
			6 395 000	Stimmen

Delegierte waren es 1269.

Das gewaltige Übergewicht der Gewerkschaften innerhalb der Labourpartei springt in die Augen. Das wäre an sich noch kein Unglück. Wie kommt dieses Gewicht nun aber zur Geltung? So:

1. Die Gewerkschaftsdelegierten stimmen *nach Instruktion*. Das führt zu vielen Gewissenskonflikten, besonders wenn die Aussprache am Parteitag eine andere Stimmabgabe nahelegt als die von der Gewerkschaftsinstanz festgelegte. Aber auch in anderen Fällen wird die persönliche Überzeugung der Delegierten mißachtet. So erklärten 15 von den 25 Delegierten der Maschinenbauergewerkschaft, ihr Verbandsvorstand habe ihnen nicht erlaubt, bei der Wahl des Parteischatzmeisters nach ihrem freien Ermessen, das heißt also für Bevan und gegen den offiziellen Kandidaten Gaitskell, zu stimmen.

2. Die ganze Stimmkraft der Gewerkschaftsverbände wird *einheitlich* in die Waagschale geworfen. Die Minderheiten werden nicht berücksichtigt, so groß sie auch sein mögen (bloc vote). Die Textilarbeiter zum Beispiel waren am Kongreß des Gewerkschaftsbundes zur Hälfte für und zur anderen Hälfte gegen die deutsche Aufrüstung. Am Labourparteitag – so beschloß der Verbandsvorstand mit 12 gegen 10 Stimmen – mußte geschlossen *für* die deutsche Aufrüstung gestimmt werden. Auch bei den Bergarbeitern ist eine starke Minderheit gegen Westdeutschlands Wiederbewaffnung (ihr Zentralsekretär, Arthur Horner, ist sogar Kommu-

nist), aber die Verbandsbehörden sind eben mehrheitlich dafür und instruierten die Delegierten entsprechend *.

3. Die großen, stimmenmäßig entscheidenden Gewerkschaftsverbände sind ausgesprochen *konservativ* und von einer Führerschaft beherrscht, die eng mit der rechtsstehenden Parteileitung verbunden ist. Das gilt neben den Bergarbeitern besonders von den Transportarbeitern und den Gemeindearbeitern. Die Stimmkraft der Gewerkschaften wirkt also am Parteitag von vornherein sehr stark zugunsten des «reformistischen», nur sehr lau sozialistischen Flügels der Labourpartei **.

Trotzdem war die Gefahr groß, daß eine Mehrheit auch der Gewerkschaftsstimmen zu denjenigen der Wahlkreisorganisationen stoßen und die Opposition gegen die westdeutsche Aufrüstung zum Siege führen würde. Schon am Kongreß des Gewerkschaftsbundes war die aufrüstungsfreundliche Resolution nur mit rund vier Millionen gegen 3 622 000 Stimmen knapp angenommen worden. So setzten denn von seiten der Rechten die stärksten Bemühungen ein, um den einen oder anderen oppositionellen Gewerkschaftsverband zum Umfallen zu bringen. Noch am ersten Tag des Parteikongresses hofften die Anhänger der westdeutschen Aufrüstung, mindestens zwei Gewerkschaftsverbände zu sich herüberziehen zu können: die Maschinenbauer und die Holzarbeiter. Es gelang indes nur bei den Holzarbeitern, deren Präsident zugleich Mitglied des Parteivorstandes ist, und deren engerer Verbandsvorstand mehrheitlich, in offenem Widerspruch zum Beschluß des Verbandstages, im letzten Augenblick Stimmabgabe *für* die deutsche Aufrüstung anordnete. Da die Holzarbeitergewerkschaft über rund 130 000 Stimmen verfügt, so reichte es gerade, um mit 3 270 000 gegen 3 022 000 Stimmen die Annahme der aufrüstungsfreundlichen Resolution zu sichern, die sonst mit rund 10 000 Stimmen in Minderheit geblieben wäre (3 140 000 *für* die Aufrüstung, 3 152 000 *dagegen*).

Das also war der «große Sieg» der Rechten! Daß das ganze Verfah-

---

* In den «Peace News» (8. Okt.) schreibt der Labourabgeordnete Emrys Hughes: «Ich vertrete (im Unterhaus) einen der größten Bergwerkswahlkreise, in dem sämtliche Bergarbeitersektionen geschlossen gegen die Politik des Parteivorstandes sind. Weder die schottischen noch die walisischen Bergarbeiter sind für die deutsche Wiederaufrüstung, und in bezug auf die anderen Grubenbezirke habe ich ebenfalls meine Zweifel. Aber die Stimmen aller Bergarbeiter in Großbritannien wurden zugunsten einer Politik abgegeben, die in einer Urabstimmung unter den Mitgliedern nicht durchgedrungen wäre.»

** Wie selbstherrlich in den großen Gewerkschaftsverbänden regiert wird, geht aus der Zuschrift eines Mitgliedes des Gemeindearbeiterverbandes an den «New Statesman» (9. Oktober) hervor. «Nicht ein einziges Mal», so heißt es darin, «in achtzehn Jahren hat die Sektion Southampton des Verbandes die Möglichkeit gehabt, einen Delegierten zum Parteitag zu ernennen oder zu sagen, wie unsere Stimmen bei der Wahl der Gewerkschaftsvertreter im Parteivorstand abgegeben werden sollen. Meine Sektion mit ihren rund 5000 Mitgliedern hatte keine Möglichkeit, ihre gewerkschaftliche Auffassung an den Parteitagen auszudrücken ... Woher meine Gewerkschaftsdelegierten an den Parteitagen ihr Mandat bekommen, ist ein Geheimnis.»

ren – Parteitagsregie und bloc vote zusammen – ein Hohn auf alle Demokratie ist, versteht sich von selbst. Eine freie, ohne Druck von oben vorgenommene Urabstimmung in den Gewerkschaften und den Parteiorganisationen hätte ohne jeden Zweifel eine kräftige Mehrheit gegen jede deutsche – ost- wie westdeutsche – Aufrüstung ergeben. Und eigentlich muß man sich nur wundern, daß trotz allem die Opposition auch am Parteitag so stark war. Das wird denn auch für die Zukunft maßgebend sein. In der englischen Presse (zum Beispiel im «Manchester Guardian», der sozusagen das inoffizielle Organ der Labour-Rechten geworden ist), hieß es zwar, der «Bevanismus» sei am Sterben und zersetze sich bereits. Aber man brauchte nicht einmal die Massenversammlung der Linken und die Rede Bevans am Tag nach der Deutschlandabstimmung in Scarborough miterlebt zu haben, um zu wissen, daß hier wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens war. Gewiß, die Parteiführung wird ihren Erfolg nach besten Kräften auszunützen suchen. Die Labourfraktion im Unterhaus wird das Londoner Neunmächteabkommen billigen, und die nächste Labourregierung wird die westdeutsche Aufrüstung fördern, so gut sie kann. Allein hinter Bevan steht – trotz der ärgerlichen Unbeherrschtheit, die so oft sein Auftreten kennzeichnet und auch in seiner Rede in der Floral Hall zu Scarborough wieder durchbrach – *eine sehr solide und wahrscheinlich weiter wachsende Linksopposition.* Und in der Parteileitung sitzt weiterhin eine Reihe ausgezeichneter, maßvoll auftretender und intellektuell erstklassiger «Linker», die von innen her die Labourpolitik umzugestalten sucht, während Bevan und andere, ungehemmt durch Parteireglemente, ihre mächtige Agitationskraft für einen wirklichen, zugleich demokratischen und radikalen Sozialismus draußen im Land einsetzen können. Denn was die Labourführung *jetzt* vertritt, das ist ja weder demokratisch noch sozialistisch. Und wenn diese Linie noch ein paar Jahre weiterverfolgt wird, dann mag es zwar noch zu einem Wahlerfolg langen, aber sicher wird daraus nicht jene Erneuerung der Labourbewegung aus dem Geiste des Sozialismus kommen, die den fälligen Umschwung in der Politik Großbritanniens – der äußeren wie der inneren – durchzusetzen die Kraft hat und von der aus allein auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wirksam geführt werden kann.

Der Kampf um den künftigen Kurs der Labourpartei ist also in Scarborough mitnichten entschieden worden; er wird jetzt erst recht in Gang kommen. Und am Parteitag hat man die Kräfte, die ihn führen werden, bereits deutlich spüren können, nicht zuletzt in einer noch kurz vor Tagungsschluß improvisierten Debatte über die Preis- und Gewinnkontrolle, bei der die spontan aufgebrochene Opposition trotz dem Eingreifen des Parteivorstandes eine Abstimmung erzwang und über zwei Millionen Stimmen auf ihren Antrag vereinigte. Vor allem aber in den Debatten über die Außen- und die Kolonialpolitik. Trotz der Ablehnung der Anträge der Opposition zur deutschen Frage, zum Südpazifikpakt (SEATO),

zur Politik gegenüber Britisch-Guyana usw. war der Wille einer Großzahl von Delegierten unverkennbar, daß mit dem alten Imperialismus und Kolonialismus endlich gebrochen werden müsse. Und Attlee selbst hat mit seinen recht vernünftigen Bemerkungen über China und Formosa diesem Willen auch offiziellen Ausdruck gegeben, desgleichen James Griffiths, der ehemalige Kolonialminister, mit einem Votum, das trotz allen «staatsmännischen» Vorbehalten doch eine ernste Verpflichtung zum Handeln war. Ein ermutigendes Zeichen ist auch die Tatsache, daß vor fünf Monaten aus der Labourbewegung heraus eine Liga für Koloniale Freiheit gegründet wurde, die – wie in einer ausgezeichnet besuchten Sonderveranstaltung unter dem Vorsitz von Fenner Brockway mitgeteilt wurde – heute bereits 300 Sektionen und viele Kollektivmitglieder zählt. Auch die Labour Peace Fellowship, die Organisation der sozialistischen Pazifisten, die gleichfalls eine eindrucksvolle Versammlung am Rande des Parteitages abhielt, marschiert tüchtig vorwärts – trotz oder gerade dank ihrem ausgesprochenen Antimilitarismus.

In der inneren Politik wird die Linke zunächst einen schwereren Stand haben; in einer Zeit kapitalistischer Hochkonjunktur findet die Predigt des Sozialismus wenig Anklang, und die Partei- wie die Gewerkschaftsführung nützt diese Lage natürlich weidlich zugunsten ihres mattherzigen Reformismus aus, der sich von einem «aufgeklärten» Konservatismus kaum unterscheidet. Aber diese Konjunktur wird auch einmal ihr Ende finden, und vielleicht kommt es im Zusammenhang mit außenpolitischen Entwicklungen sogar früher zu einer Krise, als man heute voraussehen kann. Für eine solche Lage gerüstet zu sein, ist jetzt eine Hauptaufgabe der Labourlinken, und wenn ich nicht falsch sehe, wird sie sich ihrer Verantwortung auch in zunehmendem Maße bewußt. Heute ist die Labourpartei, mit ihrem sozialistischen Programm, in ihrer Außenpolitik an das hochkapitalistische Amerika gebunden und verficht tatsächlich dessen Sache. Darum ist sie auch in der inneren Politik unfähig, die Sache des Sozialismus mit derjenigen Klarheit und Ganzheit zu vertreten, ohne die ihr kein Sieg beschieden sein wird. Lösung von den Machtzielen des amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus ist und bleibt so eine unerläßliche Bedingung für jede Bewegung, die ernstlich dem Sozialismus zustrebt, der Grundlage auch aller politischen Freiheit und Demokratie – in Großbritannien wie in der ganzen Welt.

16. Oktober *Hugo Kramer*